



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIII/199 - 3. September 1958

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0884890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Die menschliche und politische Aufgabe Zum Problem der neuen Flüchtlingswelle	33
2 - 3	Gespräch mit Dag Hammarskjöld Geheimnisse werden in Genf gelüftet Exklusivbericht unseres nach Genf entsandten K.N.-Korrespondenten	69
4	Zehntausende von Klassenräumer fehlen Unterlassungsünden unserer Kulturpolitik	57
5 - 7	Freie Bürger Zur Kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD am 12. und 13. September 1958 in Mainz Von Max Hennig, Leiter der Kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand der SPD	155

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe ein Interview mit dem SPD-Vorstandsmitglied Willi Eichler zu Fragen des Grundsatzprogramms der Partei: "Das Grundgesetz der deutschen Sozialdemokratie".

### Die menschliche und politische Aufgabe

sp - Die neue Flüchtlingswelle aus der sowjetischen Besatzungszone stellt allen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Kräften in der Bundesrepublik grosse Aufgaben, die schnell gelöst werden müssen. Die wichtigste dieser Aufgaben ist die Hilfe für die Menschen, die jetzt - meist über Westberlin - in die Bundesrepublik kommen. Die zweite ist die Entlastung Berlins, jener Stadt, die im Augenblick den Hauptstoss der Flüchtlingswelle auszuhalten hat.

Zu den Überlegungen, wie geholfen werden kann, gehört auch die Frage, ob die Bundesregierung gewillt ist, den Ländern und Gemeinden zusätzlich zu den bisherigen Leistungen freie Bundesmittel zur Verfügung zu stellen. Es wird sich darum handeln, den Weg zu finden, der es ermöglicht, unter Ausschaltung bürokratischer Verfahrensmassnahmen, die sich häufig im bisherigen Hilfsverfahren herausgebildet haben, unmittelbare Hilfe zu leisten.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat heute u.a. beschlossen, den gesamten Fragenkomplex der Flüchtlingsunterbringung in den Rahmen der vorbereitenden Arbeiten der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion für die Anfang Oktober in Berlin stattfindende Bundestagssitzung zu stellen.

Ausser diesen praktischen Massnahmen zur Hilfe für die Menschen, die bei uns Hilfe suchen, sind politische Überlegungen darüber anzustellen, wie und ob die vier ehemaligen Besatzungsmächte Deutschlands unter Zugrundelegung der von ihnen selbst gefassten Beschlüsse aktiviert werden können. Es besteht die berechnete Vermutung, dass die vierte Besatzungsmacht, - die Sowjetunion - aus Gründen der internationalen Entwicklung an einer Erörterung aller dieser Fragen nicht ganz uninteressiert sein kann.

Jedenfalls sollte die offizielle deutsche Politik nichts unversucht lassen, um im Westen und im Osten Deutschlands gleichermassen die Aufmerksamkeit auf das Flüchtlingsproblem zu lenken.

Das Berliner Abgeordnetenhaus wird am Donnerstag zu dem gesamten Fragenkomplex Stellung nehmen. Es ist die das Parlament der Vier-Sektoren-Stadt dazu berufen, das Gewissen der Welt aufzurütteln.

Gespräch mit Dag Hammarskjöld

Exklusivbericht unseres nach Genf entsandten K.H.-Korrespondenten

Unser Korrespondent hatte in Genf Gelegenheit, in einem Gespräch mit UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld einige Fragen zu erörtern, die die Bedeutung der Zweiten Internationalen Konferenz zur friedlichen Nutzung der Atomenergie charakterisieren. Dag Hammarskjöld hob hervor, dass vor allem wesentliche, bisher bestandene Hemmnisse für den freien Meinungsaustausch der versammelten Wissenschaftler beseitigt worden sind.

"Es wird möglich sein und es ist vorgesehen", so erklärte der Generalsekretär dem Vertreter des Sozialdemokratischen Pressedienstes, "dass insbesondere Erfahrungen in dem wichtigsten Projekt der Zukunft, der Fusion von Wasserstoffkernen zu Helium, und weiter in der Trennung von Uran-Isotopen nunmehr ziemlich freiküftig diskutiert werden können. Darin liegt ein grosser politischer Fortschritt. Naturgemäss treten die Nationen jetzt auch in das Stadium, das die Atomenergie als wirtschaftliche Tatsache kennzeichnet und in dem es gewisse industrielle Geheimnisse für jedes Land geben wird.

Dennoch besteht unter den Forschern die Meinung, die wichtigsten Fragen der nuklearen Kraft und ihrer technischen Anwendung zu diskutieren. Damit sind wir einen wesentlichen Schritt weitergekommen!

Betrachten wir nur die Zurückhaltung, die bisher für alle Entdeckungen und ihre Nutzung galt, soweit sie mit der Kernspaltung und Kernfusion in Zusammenhang standen! Erst dann können wir eressen, welche guten Aussichten für die Zukunft bestehen!"

Auf den Hinweis unseres Korrespondenten, dass die Delegation der Forscher aus der USSR besonders zahlreich vertreten sei - auf den Sitzreihen im Grosse Saal des "Palais der Nationen" haben insgesamt 172 sowjetische Forscher der ersten Garnitur Platz genommen - stellte Dag Hammarskjöld fest, dass gerade diese Tatsache erfreulich ist.

"Es gibt kein Feld der Wissenschaft, das so notwendig der internationalen Zusammenarbeit bedarf, wie es für die Atomenergie zutrifft. Die Reaktoren, die nunmehr gebaut werden, sind für die

Zukunft der Menschheit von entscheidender Bedeutung. Diese Reaktionen stellen Symbole der friedlichen Nutzung der frei werdenden Atomenergien dar."

Ein anderes, sehr ernstes Problem, die Feststellung von Tests mit nuklearen und thermonuklearen Waffen, wurde wie vor kurzem hier in Genf gleichfalls erfolgreich beraten. Die Hoffnung ist nunmehr berechtigt, dass die Kernwaffenversuche eingestellt werden. Man wird sich auch weiter über die notwendigen Sicherheitsvorschriften in der friedlichen Anwendung der Atomenergie unterhalten. Es ist zu hoffen, dass die Konferenz internationale Vereinbarungen gerade darüber vorbereiten wird. Dag Hammarskjöld war voller Optimismus.

Eine weitere Frage: "Wann wird es möglich sein, dass die Atomenergie für den Wohlstand der Völker, also die Besserung der Lebenshaltung und die Förderung der unterentwickelten Nationen, entscheidend und sichtbar in Erscheinung tritt?"

Die Antwort: "Darauf lässt sich noch nicht kurz und bündig, wie es die Menschen wohl gern hören möchten, eine stichhaltige Erklärung abgeben. Aber die Beratungen der Physiker, Biologen und Ärzte, die sich in Genf versammelt haben, werden die schnelle Nutzung der bisher getroffenen Erkenntnisse vorantreiben. Selbst kleine Staaten investieren bereits für alle Zwecke der friedlichen Nutzung des Atoms ausserordentlich hohe Summen. Für sie sind die Informationen, die sie in Genf finden, von ausserordentlicher Bedeutung. Der sichtbar werdende Nutzen der Atomenergie wird sich zwar nur allmählich, aber doch sehr bald vollziehen. Zu allem muss ich immer wieder betonen, dass die internationale Zusammenarbeit, für die jetzt glückliche Voraussetzungen geschaffen worden sind, gewaltige Fortschritte in der Erschliessung der nuklearen Kräfte und ihre allgemeine segensvolle Nutzung in naher Zukunft erwarten lässt. 2000 Delegierte der wissenschaftlichen Institutionen aus 66 Staaten und 3000 Beobachter von wirtschaftlichen Unternehmungen und ihrer wissenschaftlichen Einrichtungen sind zweifellos nach Genf entsandt worden, damit dieser Fortschritt erreicht und in seinen grossartigen Möglichkeiten genutzt wird. Es heisst hier: Eile mit Weile! Aber die Eile ist ernsthaft gemeint!"

Zehntausende von Klassenräumen fehlen

Bt. Was geben die einzelnen Länder der Erde für Bildung und Erziehung im Verhältnis zum Volkseinkommen aus? Eine kürzlich angestellt internationale Untersuchung ergibt folgendes Bild: Der Anteil der öffentlichen Schulausgaben an unserem Volkseinkommen beträgt 3,4 %. Er ist damit ebenso hoch wie in den Niederlanden, nicht höher als in Schweden, den Vereinigten Staaten und in England (3,3 %), bedeutend höher als in Indien und Burma. Er ist allerdings niedriger als in Dänemark und Ägypten (3,9 %) und sogar bedeutend niedriger als in Japan. Die "Preussen des Ostens" opfern 5,5 % ihres Einkommens für die Volksbildung. Für die Sowjetunion lassen sich wegen fehlender Angaben über das Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung keine Prozentualvergleiche errechnen. Bemerkenswert ist lediglich, dass die Schulausgaben je Kopf dort weitaus höher sind als irgendwo sonst: 93 Dollar! In den USA 57,1 und in der Bundesrepublik Deutschland 16,5 Dollar.

Wie alarmierend die Situation unseres Schulwesens ist, zeigt sich jedoch, sobald man näher hinsieht. Es gibt in der Bundesrepublik 234 000 Hauptamtliche Lehrer (die "Hauptamtlichen" der Berufs- und Fachschulen mitgerechnet). Aus den Berichten des Statistischen Bundesamtes ergibt sich an den Grund-, Mittel-, Oberschulen und Berufsschulen der Bundesrepublik ein Fehlbestand von gegenwärtig insgesamt 7000 Lehrern. Bei Einführung des neunten Schuljahres in der ganzen Bundesrepublik (das gegenwärtig nur 10 % der Volksschüler vor der Schulentlassung besuchen), wird ein zusätzlicher Bedarf von rund 12 000 Lehrern entstehen. Bei Verminderung der Klassenstärke würde sich ein weiterer Lehrerberuf ergeben. Dieser Bedarf ist kaum weniger dringend, seit im Bundesdurchschnitt die Klassenstärke in den Volksschulen 35 Schüler, den Mittelschulen 40 Schüler und in den Höheren Schulen noch relativ günstig 31 Schüler beträgt. Die Bevölkerungsverchiebung seit 1945 zugunsten der Stadt hat den Fehlbedarf an Lehrern und Klassenräumen jedoch in den Städten konzentriert, so dass an vielen Schulen Klassenstärken von 50 und mehr Schülern die Regel sind, ohne dass deshalb aber Lehrer auf dem Lande entbehrlich geworden wären.

Unsere Lehrer unterrichten in 34 000 allgemeinbildenden und 3000 Mittel- und höheren Schulen mit insgesamt 181 000 Klassen; die 7 700 Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen haben insgesamt 102 000 Klassen. Hierbei ist unter "Klasse" die Organisationseinheit der Schule, nicht ein Raum verstanden.

Von den in den acht "Flächenländern" des Bundesgebietes bestehenden rund 30 000 Volksschulen sind mehr als die Hälfte (rund 15 500) ein- und zweiklassig; sie werden jedoch nur von rund 740 000 Schülern (= 15 % der Gesamtschülerzahl) besucht. Andererseits werden die 4 500 voll ausgebauten Volksschulen von der Hälfte der Gesamtschülerzahl besucht. Die übrigen 55 Prozent der Schüler besuchen die rund 10 000 Schulen mit drei bis sieben Klassen. (Diese und die folgenden Zahlen sind dem August-Heft der "Jungen Wirtschaft" entnommen).

Der Klassenraumbedarf für die genannten Schulen ist folgender: Bei unveränderter Schulorganisation haben wir seit Januar dieses Jahres mit einem Fehlbestand von 22 000 Klassenräumen zu rechnen. Durch die Einführung eines neunten Schuljahres würde ein zusätzlicher Bedarf von rund 11 000 Räumen entstehen; ein zehntes Schuljahr würde weitere 10 000 Räume erforderlich machen. Für die unbedingt notwendige Senkung der Klassenfrequenzen in den Volksschulen auf 35 Schüler und auf eine entsprechend niedrigere Zahl in den Realschulen und Gymnasien brauchen wir etwa 14 000 neue Klassenräume. Soll, um die Abiturientenzahl zu steigern, das Volumen der Gymnasien erweitert werden, so sind dafür allein 5000 neue Unterrichtsräume wünschenswert. - Vom notwendigen Ausbau der Lehrerbildungs-, der technischen Bildungsanstalten und Hochschulen einmal ganz zu schweigen, zeigen sich bereits an den wenigen genannten Zahlen die Unterlassungssünden unserer bisherigen Kulturpolitik.

### Freie Bürger

Von Max Henning, Leiter der Kommunalpolitischen  
Zentralstelle beim Parteivorstand der SPD

Die stürmische technische und wirtschaftliche Entwicklung im letzten Jahrzehnt hat auch die Grenzen sichtbar werden lassen, in deren Bereich sich diese Entwicklung vollzieht. Im gemeindlichen Bereich werden sie am deutlichsten erkennbar. Es fehlen: Schulen, Krankenhäuser, Baugrundstücke, verkehrsgemässe Strasse kulturelle Einrichtungen, Turnhallen und Schwimmbäder. Vor allem aber fehlt es an der Finanzkraft, um die den Gemeinden zufallenden Aufgaben erfüllen zu können.

Weitschauende Kommunalpolitiker haben diese Entwicklung vorausgesehen. Sie haben sich bemüht, sie für ihre Städte und Gemeinden zu meistern. Sie haben vor aller Öffentlichkeit dargelegt, dass es über die Kraft und das Vermögen der Gemeinden geht, sie in vollem Umfange zu lösen. Auf der Kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD in Frankfurt im Jahre 1952 hiess eines der Referate: "Die Krise der Selbstverwaltung". Es war bezeichnend, dass ein Finanzfachmann, Dr. Hans Mithling, damals Kämmerer der Stadt Hannover, dieses Referat hielt. Damit soll nicht gesagt sein, dass die Krise der Selbstverwaltung allein ihre Finanzmisere sei. Unbestreitbar ist das Geschehen, was man damals schon befürchtet hat. Man hat die kommunale Selbstverwaltung in den Jahren der Haushaltsüberschüsse hängen lassen und sie in eine Verschuldung getrieben, die heute einen Betrag von 9 Milliarden DM ausmacht.

Aber das ist es nicht allein. Die Ursachen liegen tiefer, sie liegen in der mangelnden Erkenntnis, dass der Übergang von der Massenkonsumtion zu individuellen Lebensgewohnheiten den Ausbau (einschliesslich Wiederaufbau und Nachkolbedarf) der Gemeinschaftseinrichtungen zur unabdingbaren Voraussetzung hat. Die Befreiung des Individuums vollzieht sich nicht im luftleeren Raum, sie korrespondiert mit der Schaffung neuer oder im Ausbau vorhandener Gemeinschaftseinrichtungen, setzt also einen höheren Gemeinsinn voraus.

Niemand wird bestreiten, dass dieser Gemeinsinn auf der staatlichen Ebene nicht gerade sehr ausgeprägt, dass er dagegen auf der gemeindlichen Ebene noch einigermassen intakt ist. Umso unverständlicher ist es, dass einflussreiche Kräfte am Werk sind, um diesen Gemeinsinn völlig zu zerstören und an seine Stelle den Gruppenegoismus der Verbände, sei es wirtschaftlicher oder konfessioneller Art, zu setzen. Die Entkommunalisierung - unter dem Schlagwort Freiheit von der Gemeinde - führt nur zu grösserer Abhängigkeit. Die wahre Freiheit des Bürgers liegt in einer freien Gemeinde.

In dieser Situation findet die VI. Kommunalpolitische Bundeskonferenz Bundeskonferenz der SPD in Mainz statt. Etwa 1500 Kommunalvertreter aus Stadt und Land und allen Ländern der Bundesrepublik werden sich am 12. und 13. September im "Goldenen Mainz" einfinden, um von der Gestaltungskraft sozialdemokratischer Kommunalpolitik Zeugnis abzulegen, neue Erkenntnisse zu sammeln und bereichert mit neuen Anregungen wieder an die Arbeit zu gehen.

### Bürger und Gemeinde in Staat und Gesellschaft

Das Programm erschöpft sich nicht darin, Referate entgegenzunehmen. Schon in seinen Rahmenveranstaltungen entfernt es sich von der uniformen Gestaltung mancher politischer Kongresse. Die eigent-

liche Konferenz beginnt mit einem grossangelegten Referat des Oberbürgermeisters Dr. Ludwig Engel aus Darmstadt über "Bürger und Gemeinde in Staat und Gesellschaft". Der Referent ist nicht nur als erfolgreicher Kommunalpolitiker, sondern ebenso als feinsinniger Förderer der Kunst bekannt geworden. Nicht ohne Ansicht ist für das Referat der Untertitel: Grundsätze sozialdemokratischer Kulturpolitik gewählt worden. Die SPD steht in der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm. Der dem Parteitag in Stuttgart vorgelegte Entwurf wird Gelegenheit bieten, die dort entworfenen Grundgedanken in den kommunalen Raum zu projizieren, ja darüber hinaus durch kommunales Gedankengut und Erkenntnisse aus der Kommunalpolitik zu befruchten.

Der Arooit in den Arbeitskreisen ist es vorbehalten, die aus dem Grundsatzreferat gewonnenen Erkenntnisse für die einzelnen Sachgebiete auszuwerten und zu vertiefen. Hier werden neben den Theoretikern auch die Praktiker zu Wort kommen, denn es gilt nicht nur theoretisch ins Reine zu kommen; ebenso muss zu den Tagesfragen Stellung bezogen werden. Die Vielseitigkeit der kommunalen Aufgaben zwang dazu, diese Referate aus dem Plenum heraus in die Arbeitskreise zu verlegen. Es werden zu gleicher Zeit 3 Arbeitskreise waren.

#### Kommunale Finanzen

Die meisten Anmeldungen liegen für den Arbeitskreis I "Kommunale Finanzen" vor, ein Beweis dafür, dass diese Frage den Kommunalpolitikern auf den Nägeln brennt. Mit Dr. Siegfried Heinke, Stadtkämmerer der Stadt Hannover, stellt sich der Konferenz ein neuer Mann als Referent vor, der allerdings in Fachkreisen schon mehrfach hervorgetreten ist. Sowohl der Referent als auch der Arbeitskreis stehen vor der schwierigen Aufgabe, den grundsätzlichen Teil der bisherigen Beschlüsse zu überprüfen und im praktischen Teil Vorschläge zu erarbeiten, die sich realisieren lassen. Ohne Zweifel müssen den Gemeinden neue Einnahmequellen erschlossen werden, in welchem Umfange aus eigenen Steuerquellen, das ist hier die Frage.

#### Schule und Kultur

Im Arbeitskreis II "Schule und Kultur" spricht Stadtschulrat Prof. Dr. Theo Gläes, der jüngst als Führer der Delegation der Stadt Frankfurt nach Hiroshima bekannt geworden ist. Die Abgrenzung der staatlichen und der kommunalen Sphäre im Schulwesen war schon immer ein strittiger Punkt und wird unter den Kommunalpolitikern eine Klärung finden müssen. Aber auch die Probleme, die den Gemeinden für die Schule und für die kulturelle Arbeit aus der Pflichtenwoche erwachsen, werden im Referat und in den Beratungen eine Rolle spielen.

#### Gesundheit und Fürsorge

Der Referent im Arbeitskreis III "Gesundheit und Fürsorge", Erster Landesdirektor Hermann Schaub, ist der Konferenz kein Unbekannter. Im Teil Gesundheit steht das Krankenhauswesen und im Teil Fürsorge der Entwurf eines neuen Fürsorgegesetzes im Vordergrund der Diskussion. Bislang haben die kommunalen Spitzenverbände die Vorhaltpflicht für Krankenhausbetten abgelehnt. Es wird sich erweisen, ob die sozialdemokratische Auffassung damit konform geht und welcher Weg zwischen Pflegekostenhöhe und Krankenhauslastenausgleich beschritten werden soll. Dahinter birgt sich mehr als eine Tagesfrage. In der Frage der Subsidiarität öffentlicher Wohlfahrts- und Gesundheitseinrichtungen wird es wahrscheinlich aus grundsätzlichen Erwägungen zu einer pointierten Bestätigung der bisherigen Beschlüsse kommen. Ob zwischen dem Anspruchsanspruch und der tatsächlich gewährten Fürsorge ein Vakuum durch den Empfänger eingeschoben werden kann, wird

wegen der öffentlichen Auseinandersetzung diskutiert werden.

#### Versorgung und Verkehr

Auch Hauptgeschäftsführer Werner Jacobi, MdB, spricht nicht zum ersten Mal auf einer Kommunalpolitischen Bundeskonferenz. Er ist Referent im Arbeitskreis IV "Versorgung und Verkehr". Die seinerzeit unter dem unvergessenen Ernst Reuter ausgearbeiteten versorgungspolitischen Richtlinien sind unveränderlicher Bestandteil kommunalpolitischer Grundsätze der SPD. Sie können nur erneut bekräftigt werden. Hier gilt es vor allem die Angriffe abzuwehren, die gegen die kommunale Versorgungswirtschaft geführt worden. Im kommunalen Verkehrswesen ist die Entwicklung durch die zunehmende Konkurrenz der einzelnen Verkehrsträger, insbesondere durch die Steigerung des individuellen Verkehrs, gekennzeichnet. Dieser Entwicklung werden der Referent und der Arbeitskreis ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

#### Bauen und Wohnen

Im Arbeitskreis V "Bauen und Wohnen" referiert der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Andreas Urschlechter. Auch dieser Referent spricht zum ersten Mal auf einer Kommunalpolitischen Bundeskonferenz. Aber er ist kein Unbekannter, im Wahlkampf um die Stelle des Oberbürgermeisters hat er sich hervorragend geschlagen. Als jahrelanger Wiederaufbaureferent der Stadt Nürnberg ist er wie kein anderer berufen, über dieses Thema zu sprechen. Ohne Zweifel werden wir sowohl auf dem Gebiete des Wohnungsbaus als auch der gesamten Wohnungswirtschaft Neuland betreten. Die Kommunalpolitiker sollten sich nicht der Aufgabe entziehen, den bisher bekanntgewordenen Plänen eine echte sozialdemokratische Alternative gegenüberzustellen. Das gilt auch für das Bundesbaugesetz.

\* \* \*

Den Vorsitz in den Arbeitskreisen führen bewährte Kommunalpolitiker, die nicht nur die zur Verhandlung anstehenden Probleme, sondern auch die Verhandlungskunst beherrschen. Es sind dies der Reihenfolge der einzelnen Arbeitskreise nach: Staatssekretär Gerhard Bothur, Düsseldorf; Oberstadtdirektor Dr. h. c. Erich Lotz, Braunschweig; Landrat Hans Günther Heper, Tetzlar; Senator Güto Theuner, Berlin, und Senator Dr. Paul Nevermann, Hamburg.

Nach dem Vorbild der bisherigen Konferenzen wird in den Arbeitskreisen nicht nur debattiert. Sie werden Vorschläge erarbeiten - Leitsätze - die dem Plenum nebst den Berichten über die Verhandlungen im Arbeitskreise vorgetragen werden. Dieser Aufgabe werden sich unterziehen: Oberbürgermeister Dr. Hans Lüthling, Kiel, der auf der Frankfurter Konferenz über den gleichen Gegenstand referierte, der talentierte Gemeindefeldirektor Karl Wiedand, MdB, aus Schladerbach/Sieg; die junge Stadtverordnete Brigitte Freya aus Frankfurt, Oberbürgermeister Dr. Walter Sommer, Kaiserslautern, und Landrat Wilkelm Steinhörster, Marl, der Geschäftsführer einer Wohnungsgesellschaft ist.

Auf einer grossen öffentlichen Kundgebung werden Bürgermeister Max Brauer, Hamburg, und Stadtrat Hans Riemer, Wien, zu den Delegierten und den Bürgern der Stadt Mainz sprechen. Zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland werden an der Tagung teilnehmen. Unter den Teilnehmern werden sich mehrere Mitglieder des Parteivorstandes befinden, darunter auch Erich Ollenhauer, der zur Eröffnung das Wort ergreifen wird.

+ + +